Zeitschrift: Berner Geographische Mitteilungen : Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Bern und Jahresbericht des Geographischen Institutes der Universität Bern

Herausgeber: Geographische Gesellschaft Bern

Band: - (1983)

Artikel: Zur Bedeutung des Grundeigentums für die ländliche Entwicklung in Drittweltländern

Autor: Gerster, R. / Schorer, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-321098

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wa zu Fiji) eine einheitliche Kultur und West-Samoa ist seit über zwanzig Jahren ein selbständiger Staat. Schliesslich spielte die reiche Literatur und die lange historische Beziehung zu Deutschland (Samoa war deutsche Kolonie zwischen 1900 und 1914) eine Rolle. Untersucht wurden (vorwiegend deutschsprachige) Touristen und Samoaner in «Teilnehmender Beobachtung» und durch halbstrukturierte Intensiv-Interviews. Eine grosse Bedeutung hatten aber auch die Planungen, Beschlüsse, Vorschläge und Zeitungsberichte von samoanischer Seite.

Die übersehene Realität

Der mit Abstand wichtigste Anlass für Touristen in die Südsee (und speziell nach Samoa) zu reisen, ist der «Südsee-Traum», die Paradies-Vorstellung von Polynesien (unverdorbene Landschaften mit unverdorbenen Menschen und blumenbekränzten Südsee-Mädchen). Der Ursprung dieser Vorstellungen der Europäer liegt im 18. Jahrhundert und wurde vor allem durch die Reisen Captain Cooks und das Tahiti-Bild jener Zeit geprägt. Das Interesse an Polynesien hat denn auch nichts mit dem «Bangkok-Tourismus» zu tun; wichtig ist die Bestätigung des vorgefertigten Idealbildes. Dieser Südsee-Traum ist das Gegenbild zu den Problemen westlicher Industriegesellschaften. Mit der Wirklichkeit hat er wenig zu tun. Wichtiger scheint dagegen seine Funktion als Flucht oder Ausweichen zu sein. Die Vorkenntnisse der Reisenden waren (angesichts der hohen Reisekosten) erschreckend gering bis überhaupt nicht vorhanden. Der Traum wird durch die Reise nicht widerlegt, weil Kontakte und Erfahrungen dafür nicht ausreichen. Der Tourist *will* das bescheidene einheimische Essen, die harte Feldarbeit, die tiefe christliche Gläubigkeit, die «westliche» Kleidung und das Vorhandensein nicht-polynesischer Volksgruppen nicht zur Kenntnis nehmen. Die unbegründet positiven Einstellungen zu Polynesien bleiben daher bestehen. Von einer «Völkerverständigung» durch Verstehen und Verständnis kann aber keine Rede sein.

Geld steht im Vordergrund

Auf samoanischer Seite wurde schon seit Jahrzehnten eine intensive Diskussion um die Wünschbarkeit des Tourismus geführt. Die Erfahrungen der Nachbargebiete Hawaii, Tahiti und Fiji sind ein warnendes Beispiel. Dennoch zeigt es sich deutlich, dass «die Samoaner» keine einheitliche Gruppe sind. Es sind die Gebildeten, die Reichen, die Oberschicht, die den Tourismus als schädlich für die eigene Kultur betrachten. Gerade diese Schicht aber lebt in der Stadt und hat eben diese Kultur weitgehend aufgegeben. Eher sind es die ärmeren Leute und die Dorfbewohner, die eine Ausweitung des Tourismus fordern. Und das aus rein ökonomischen Gründen. Das bedeutet nicht, dass Touristen geschätzt würden. Man schätzt eigentlich nur den Nutzen an ihnen und gibt Gruppenreisenden den Individualtouristen gegenüber den Vorzug, da diese weniger lang bleiben und mehr Geld liegenlassen. Besonders störend empfinden die Samoaner nackte Oberschenkel, Frauen in Hosen und Männer mit langen Haaren und Bärten. Auch auf dieser Seite ist also kaum die Bereitschaft zur «Völkerverständigung» vorhanden.

Auf dem Weg zur Einheitskultur

Zunehmend wird die polynesische Kultur organisiert vor- und aufgeführt und für die Werbung genutzt. Dabei wird die Vielfalt auf wenige symbolische Elemente (wie «Hula» und «Tiki») reduziert, die dann auch über ganz unterschiedliche polynesische Gebiete ausgebreitet werden. Diese Versimplung und Verkäuflichkeit polynesischer Kultur ist aber sicher nicht das Ergebnis ausschliesslich des Tourismus. Dessen Folgen sind auch in anderen Bereichen empirisch kaum von den Auswirkungen anderer Faktoren zu trennen, die sicherlich viel bedeutender waren und sind. Nach der Missionierung, den Kolonialmächten und dem Handel sind es heute neben den Medien wie Radio, Kino und Fernsehen vor allem die Schulbildung und damit verbunden die starke Migration von Polynesiern nach Neuseeland und in die USA und zurück. Der Tourismus ist nur ein kleiner Teil viel komplexerer und mächtigerer Einflüsse in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Teil allerdings, dem man in den letzten Jahren gerne allein die Schuld an negativen Entwicklungen zuschiebt. Dennoch: Der Wille der einheimischen Politiker ist vorhanden, eine hundertfache Wiederholung von Waikiki-Beach zu verhindern.

Michael Schorer

Zur Bedeutung des Grundeigentums für die ländliche Entwicklung in Drittweltländern

Dr. R. Gerster, Mitarbeiter HELVETAS, Zürich, 6.3.1984

Für eine hochindustrialisierte Gesellschaft wie die unsrige ist die Verteilung des Eigentums an Grund und Boden nicht mehr von primärer Bedeutung. In den Drittweltländern hingegen, wo ein Grossteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt, ist diese von zentraler Bedeutung. In diesen Ländern ist aber das Grundeigentum in der Regel einseitiger verteilt als in den westlichen Industrienationen. So verfügen z.B. in den USA 7% der Bauern über 27% der landwirtschaftlichen Fläche; in Lateinamerika dagegen besitzen die 7% grössten Landeigentümer 93% der Fläche (Stand Mitte der 70er Jahre; die jeweiligen Werte sind von der verwendeten Definition abhängig!). In Lateinamerika findet man denn auch die höchste Konzentration an Landbesitz; mittlere Konzentrationen sind in Nordafrika, Süd- und Südostasien die Regel, während in Schwarzafrika, aufgrund der traditionellen Strukturen (Kollektivbewirtschaftung), im allgemeinen geringe Konzentrationen der Bodenbesitzverhältnisse vorherrschen. Allerdings ist heute auch dort ein Umbildungsprozess im Gange.

Die Vorteile des Kleinbesitzes überwiegen

In einer agrarischen Gesellschaft bedeutet Verfügbarkeit über Land auch Zugang zu Macht und Ansehen. Dabei bedeutet Verfügbarkeit nicht unbedingt nur Privatbesitz; damit kann auch staatliche Kontrolle gemeint sein. Über diesen Zusammenhang sind sich eigentlich alle Regierungen einig; trotzdem hat die FAO feststellen müssen, dass die meisten grossen Worte zum Thema «Landreform» auf dem Papier bleiben. Der Grund ist einfach: Die Umverteilung des Bodens bedeutet eben auch die Umverteilung der Macht. Damit legitimieren sich ja auch revolutionäre Bewegungen (z.B. in China und Kuba). Andererseits wollte man durch Landreformen Revolutionen verhindern: Die sehr erfolgreichen Reformen in Südkorea und Taiwan wurden durch die USA finanziert und hatten politische Gründe.
Landreformen sind aber nicht alleine Sache des politischen Kalküls, es gibt auch handfeste entwicklungspolitische Vorteile des Kleinbesitzes:

1. Er ist ein Instrument gegen den Hunger: Kleinbetriebe nützen ihr Potential systematischer und ergeben eine höhere Produktion pro Hektare. Dabei steht die Eigenversorgung und Belieferung der lokalen Märkte gegenüber dem Export im Vordergrund.
2. Er ist eine Massnahme gegen die ländliche Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.
3. Er ist ein Instrument zur Umwelterhaltung: Der Grossgrundbesitz verdrängt die Kleinbauern auf die empfindlichen Hänge, wo sie Raubbau betreiben. Normalerweise sind die Kleinbauern eher auf langfristige Nutzung bedacht.
4. Er ist ein Instrument zur selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung: Der Verkauf auf Märkten ergibt Massenkaufkraft und Nachfrage nach einfachen Gütern, was wiederum eine gewisse industrielle Produktion auf dem Lande ermöglicht.
5. Er hat eine bevölkerungspolitische Wirkung: Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation lässt den Geburtenüberschuss sinken.

Es muss aber auch gleich gesagt werden, dass Reformen allein nicht für eine echte Entwicklung genügen. Es braucht zusätzlich:

- Die Ausrichtung des Kapitalmarktes auf die Bedürfnisse des Kleinbauern,
- die Kontrolle des Bauers über die Vermarktung seiner Produkte,
- das Entgegenkommen der Landwirtschaftspolitik des Staates und
- die entsprechende Ausbildung des Bauern.

Wichtig ist letztlich, dass der Bauer direkt die Entscheidungsmöglichkeit über den Boden hat und die Rechtssicherheit gewahrt ist, damit er auch bereit ist, das unternehmerische Risiko zu tragen.

Differenzierte Massnahmen sind nötig

Eine Organisation wie die HELVETAS kann nicht in die bestehenden Verhältnisse eingreifen. Sie kann nur entscheiden, ob ein Einsatz in einem bestimmten Projektland sinnvoll ist oder nicht.
Der Referent präsentierte eine Reihe von Beispielen aus ausgewählten Projektländern der HELVETAS: Im folgenden sind einige davon zusammengefasst:

In der Projektregion **Nepal** ist der Grundbesitz verhältnismässig ausgeglichen (Kleingrundbesitz); einzig die hohen Kasten besitzen den grossen Teil des guten (bewässerbaren) Landes. Das Programm zur Ausnützung des unausgeschöpften landwirtschaftlichen Potentials richtet sich denn auch an alle Schichten der Bevölkerung. Im Vordergrund steht die Einführung einer zweiten Ernte im Winter (Gründüngung, Leguminosen), die Produktion von Saatgut und die Bodenkonservierung. Zusätzlich wird den ärmeren Bauern eine Ernteausfallentschädigung gewährt: Damit soll die Risikobereitschaft der Bauern gegenüber Neuerungen gefördert werden.
In **Kenia** wurde der Privatbesitz an Boden schon zur Kolonialzeit gefördert. In einer Zone mit Klein- und Kleinstgrundbesitz werden nun mit arbeitsintensiven Methoden Naturstrassen gebaut, um die Vermarktungsmöglichkeiten der Produkte zu steigern. Das Interesse der Leute ist so gross, dass sie entschädigungslos Land für den Strassenbau abtreten.
Äthiopien erlebte nach der Revolution der Militärs eine durchgreifende Landreform und die Entmachtung der feudalen Elite. Die anschliessende Einführung der Kollektivbewirtschaftung stiess auf den Widerstand der Bauern, die das als Wiederenteignung verstanden. Durch ihr geringes Eigeninteresse fehlt den neuen Siedlern die Risikobereitschaft, und die HELVETAS musste die Projektbeteiligung ablehnen.
In **Guatemala** beansprucht der Grossgrundbesitz weite und fruchtbare Gebiete für die Exportproduktion. Den an den Rand gedrückten Kleinstbauern wird technische Hilfe geboten, um ihre Erträge zu verbessern.
Während im Norden der **Philippinen** der Kleinbesitz gesichert ist und technische Beratung geleistet wird, üben auf Mindanao die Grossfirmen der Plantagenwirtschaft massiven Druck auf die Bauern aus. Hier stehen die organisatorische Unterstützung des privaten «Farmers Assistance Board» und Rechtshilfe (bei den politischen Gegebenheiten allerdings nur mit beschränkten Möglichkeiten) im Vordergrund. In diesem Falle leistet unsere kaufkräftige Nachfrage nach tropischen Früchten der Ausdehnung des Grossgrundbesitzes Vorschub.
Die Änderung der Machtverhältnisse (demokratisch oder undemokratisch) ist letztlich die Voraussetzung für wirksame Reformen; ein schleppender und halbherziger Ablauf ermöglicht den Grossgrundbesitzern, sich immer wieder den neuen Gegebenheiten anzupassen. Nur sollten wir hier in der Schweiz vorsichtig mit schneller Kritik sein. Auch bei uns sind die Bodenbesitzverhältnisse ein Tabu (es fehlen sogar die statistischen Unterlagen); allerdings sind die Auswirkungen, verglichen mit Agrarländern, verhältnismässig unbedeutend: Für uns ist die Landreform keine Existenzfrage.

Michael Schorer